

Momente

BEITRÄGE ZUR LANDESKUNDE
VON BADEN-WÜRTTEMBERG



3|2018

Einzelverkaufspreis 7,00 €

Momente
kennenlernen:
kostenloses
Probeexemplar
unter
[www.staatsanzeiger.de/
shop](http://www.staatsanzeiger.de/shop)

1918/19 Kriegsende und Neuanfang



TÖDLICH – Die Grippe-Epidemie
1918 belastete den Neuanfang



UNERWÜNSCHT – Ausgewiesene
aus dem Elsass hatten es schwer



SPURENSUCHE – Esslingen vollendet
Langzeitprojekt zur Heimatfront

Titel: Friedrich Ebert (links, mit Hand am Hut) und unbekannter Begleiter am 18. März 1920 auf dem Platz zwischen Kunstvereinsgebäude und Neuem Schloss in Stuttgart. (Siehe Beitrag S. 24.)

02



06



29



32



36



02 REVOLUTIONÄRE UMTRIEBE

Unruhe im Südwesten

Revolutionäre Ereignisse 1918 in Baden, Württemberg und Hohenzollern
Simone Ruffer

06 TÖDLICHE GRIPPE

Tanzen am Abgrund

Die tödliche Grippe-Epidemie des Jahres 1918 traf eine bereits schwer kriegsgeschädigte Gesellschaft
Wolfgang U. Eckart

11 IM BILD

Neuanfang vor 100 Jahren

Die Objekte der Großen Landesausstellung „Vertrauensfragen“ im Haus der Geschichte Baden-Württemberg erzählen starke Geschichten vom Weg in die Demokratie nach 1918

14 DEMOBILMACHUNG

Heimkehr in die Menschlichkeit?

Umsetzung und Folgen der Demobilisierung 1918/19 in Württemberg und Baden
Franziska Dunkel

18 UNERWÜNSCHTE „ALTDEUTSCHE“

Als „boches“ vertrieben, als „Wackes“ unerwünscht

Die Ausweisung der Deutschen aus Elsass-Lothringen nach 1918 und ihre Aufnahme in Baden
Angela Borgstedt

22 RUBRIK: LAND&LEUTE

Friedrich Ebert

(1871 bis 1925)
Walter Mühlhausen

23 Mathilde Planck

(1861 bis 1955)
Mascha Riepl-Schmidt

24 INNERE SICHERHEIT

„Ruhe und Ordnung sind unsere Rettung“

Wie es in Württemberg und Baden nach 1918 um Sicherheit und Vertrauen in die neuen Demokratien bestellt war
Christopher Dowe

28 AUSSTELLUNGSNETZWERK

Zeitenwende – Le Tournant 1918/1919

Das Ausstellungsvernetzwerk aus 30 Museen der drei Länder am Oberrhein widmet sich jeweils eigenen Aspekten von Kriegsende und Revolution
Markus Moehring

29 FÜNF FRAGEN AN...

Fünf Kurzinterviews zu Ausstellungen des Netzwerks

32 RUBRIK: AUF SPURENSUCHE

52 Monate Heimatfront unter der Lupe

Das innovative historisch-kulturelle Langzeitprojekt „52 x Esslingen und der Erste Weltkrieg“ steht kurz vor dem Abschluss
Martin Beutelspacher und Joachim J. Halbekann

36 RUBRIK: SÄUREFREI

Online von der Monarchie zur Republik

Das Landesarchiv Baden-Württemberg hat Quellen zur Weimarer Republik online in einem Themenmodul aufbereitet
Andreas Neuburger

40 RUBRIK: MUSEUMSLAND

Als Tandempartner zum Erfolg

Über das lohnende Miteinander von Museen und Tourismusmarketing
Beate Mehlin

SERVICE

42 BUCHTIPPS

44 AUSSTELLUNGEN & AKTUELLES

48 AUSFLUG IN DIE GESCHICHTE

49 IMPRESSUM

49 VERLOSUNG

Gewinnen Sie einen Museumspass und einen Katalog

Zusammen mit dem Dreiländermuseum Lörrach verlosen wir diesmal das Erleben der „Zeitenwende“-Ausstellungen



Migranten wider Willen ...

... strömten ab November 1918 in großer Zahl nach Baden und mussten unter schwierigsten Bedingungen versorgt werden: Deutschland hatte den Ersten Weltkrieg verloren und erlebte einen beispiellosen politischen Umbruch. Reihenweise traten die Monarchen zurück und der Kampf um die Macht wurde teilweise direkt auf der Straße ausgetragen. Zwar blieb es im Südwesten vergleichsweise ruhig, doch die Ereignisse vom November 1918 und den Monaten danach waren auch hier umstürzend, sie betrafen viele Menschen direkt und existenziell. Die Beiträge in dieser Ausgabe werfen Schlaglichter auf die Grippe-Epidemie, auf Schießereien und eine Flüchtlingskrise, auf blanke Not – aber auch auf die unbändige Lust am Aufbruch in neue Formen von Gesellschaft und Politik. Dass Museen aus drei Ländern heute zu diesem Thema eine Ausstellungsreihe anbieten, ist ein Beispiel dafür, wie lebendig Europa sein kann.

Ihre Redakteurin
Meike Habicht

Unruhe im Südwesten

Revolutionäre Ereignisse 1918 in Baden, Württemberg und Hohenzollern



Polizeiliche Dokumentation der Schüsse auf das Karlsruher Residenzschloss in der Nacht vom 11. auf den 12. November 1918. Allein an der Fassade zum Theater hin gab es 54 Einschläge. Einige Geschosse durchschlugen Fenster und beschädigten Vasen und Hausrat, eine Kugel durchschlug ein Porträt Friedrichs des Großen (siehe Abb. S. 30). (Die Löcher rechts stammen von der Aktenheftung.)

Arbeiter- und Soldatenräte gründeten sich im November 1918 überall im Deutschen Reich. Die revolutionäre Bewegung strahlte intensiv auf Baden, Hohenzollern und Württemberg aus – es gab Demonstrationen, Besetzungen und Streiks. Dennoch verlief die Revolution hier deutlich friedlicher als etwa in Berlin oder München. Gewaltsame Proteste mit Toten und Verletzten waren trotzdem keine Seltenheit.



Kriegsheimkehrer im Dezember 1918 in der Fürst-Wilhelm-Straße in Sigmaringen.

„Ja, wir waren wirkliche Revolutionäre, nur die Revolution im Auge sonst gar nichts sogar den Hunger vergessen wir.“ So schildert der junge Revolutionär Karl Fraaß die Unruhen in Stuttgart in der Folge der Novemberrevolution 1918. Die tagesgenauen Aufzeichnungen (die im Staatsarchiv Ludwigsburg erhalten sind) beginnen am 20. Oktober 1918 und reichen bis zum 12. September 1920. Sie stellen die Innensicht eines Teilnehmers an der Revolution, den Januarkämpfen und am Generalstreik im April 1919 in Württemberg dar. Die Einträge erzählen zu Beginn vom Wunsch nach Frieden und der Abdankung des Kaisers und sind später von dem Streben und aktiven Kampf nach Änderung der politischen Verhältnisse geprägt. Karl Fraaß radikalisierte sich in der Frühphase der Weimarer Republik: Er wurde Spartakist und schloss sich letztlich der KPD an.

Die durch den Ersten Weltkrieg ausgelöste, stetig gestiegene Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Regierung bereitete den Boden für die Revolution. Der Matrosenaufstand in Kiel löste die Revolution im November 1918 zunächst in Berlin und dann reichsweit aus. Der revolutionäre Funke sprang innerhalb we-

niger Tage in den Südwesten über. Mit der Ankunft von meuternden Soldaten aus Kiel in Ludwigsburg oder Stuttgart kam es auch dort zu Unruhen. Das republikanische Gedankengut fiel – wie auch anderswo – in Württemberg, Baden und Hohenzollern auf fruchtbaren Boden.

Die rote Fahne wird gehisst

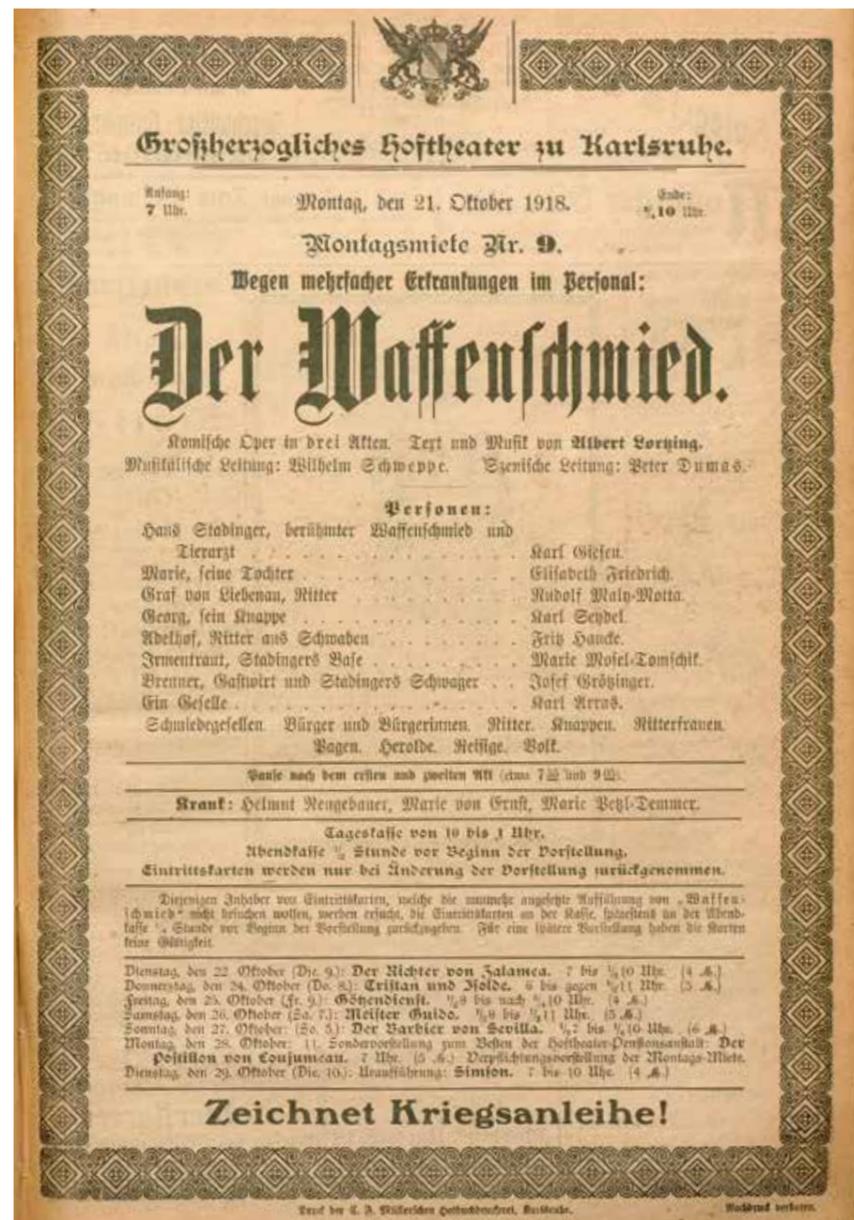
In Württemberg hatte es, initiiert durch die Sozialdemokraten, schon vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs massive Proteste gegen den drohenden Krieg gegeben. 1915 spalteten sich die Sozialdemokraten in Württemberg in eine radikale „unabhängige“ Partei (USPD) und die „Mehrheitssozialdemokraten“ (MSPD), die die Kriegskredite und damit die Kriegsführung mittrug. Die USPD organisierte schon ab Ende Oktober 1918 Versammlungen und Demonstrationen, so beispielsweise in Stuttgart am 30. Oktober 1918, in Friedrichshafen am 3. November 1918 und wieder in Stuttgart am 4. November 1918. Diese letztere Demonstration mündete in die Bildung eines Arbeiterrats und führte zur Verhaftung ihrer Anführer auf Veranlassung des Innenministeriums.

Am 9. November 1918, dem Tag, an dem Reichskanzler Max von Baden in Berlin die Abdankung des Kaisers verkündete und selbst zurücktrat, wurde auch in Stuttgart eine Großversammlung abgehalten. Sie begann mit einem Umzug und revolutionären Reden, führte zu einem Sturm auf das Wilhelmspalais, das König Wilhelm II. bewohnte, und schließlich kam es zu einer Besetzung des Rathauses sowie einer Infanteriekaserne und zur Übernahme des Oberkriegsgerichts. Außerdem wurde eine rote Fahne auf dem Wilhelmspalais gehisst, die Abdankung des württembergischen Königs gefordert und man befreite die am Oberkriegsgericht festgehaltenen Gefängnisinsassen. Dies alles geschah fast ohne Gewaltausübung und Blutvergießen, nicht zuletzt, weil sich die württembergische Staatsleitung und die Stuttgarter Stadtverwaltung sehr zurückhielten.

König Wilhelm II. fuhr vor dem Hintergrund dieser Ereignisse noch am Abend des 9. November nach Bebenhausen. Dort dankte er am 30. November 1918 als einer der letzten Bundesfürsten ab. In seinem sogenannten „Scheidegruß“ erklärte Wilhelm II., dass seine Person „niemals ein Hindernis für die freie Ent-

Tanzen am Abgrund

Die tödliche Grippe-Epidemie des Jahres 1918 traf eine bereits schwer kriegsgeschädigte Gesellschaft



Das – damals noch – großherzogliche Hoftheater in Karlsruhe spielte trotz Krieg und Grippe-Epidemie durchgehend, änderte allerdings sein Programm: „Wegen mehrfacher Erkrankungen im Personal“ gab man am 21. Oktober 1918 Lortzings „Waffenschmied“.

Die politischen Ereignisse von 1918 sind bekannt. Doch Stellungskrieg, Kapitulation und Revolution wurden getragen von körperlich schwer beeinträchtigten Personen. Ein großer Teil der Gesellschaft ging ausgezehrt, krank und verstümmelt in die neue Demokratie.

Für die Zivilbevölkerung war auch das letzte Kriegsjahr unverändert bestimmt durch den täglichen Kampf um Nahrungsmittel, durch Hunger, durch hohe Frauen- und Kindersterblichkeit, aber auch durch eine deutliche Zunahme der Tuberkulose. Hinzu kam im Frühjahr 1918 eine verheerende Grippewelle. Die „Spanische Grippe“ war zwar nicht kriegsentscheidend, schwächte aber die Kräfte der Bevölkerung noch weiter. Hunger, Tuberkulose und Grippe waren zweifellos verantwortlich für die überdurchschnittliche Sterblichkeit der deutschen Zivilbevölkerung besonders von Frühjahr bis November 1918.

Besonders dramatisch war die Lage der arbeitenden Frauen. Von Ende Oktober 1917 bis Ende Oktober 1918 erhob die „Gruppe Frauenarbeit“ des württembergischen Kriegsministeriums in einer Enquete-Studie die „Lage der handarbeitenden Frauen in den kriegswichtigen Arbeitszweigen des Landes“. Die Landwirtschaftsarbeit war hier allerdings ausgeklammert geblieben. Damalige

Hilfsreferentin der Arbeitsgruppe war die 1893 geborene Staatswissenschaftlerin Clara Henriques, als Jüdin am 19. Oktober 1942 nahe Riga ermordet. Mit der Auswertung der erfassten Daten war sie bis weit über das Kriegsende 1918 hinaus beschäftigt. Ende 1920 reichte Henriques die Ergebnisse dieser Erhebung an der Universität Tübingen als Dissertation ein; sie trug den Titel „Die Lage der arbeitenden Frauen in den kriegswichtigen Arbeitszweigen Württembergs – Eine vom Württembergischen Kriegsministerium 1917/18 veranstaltete Erhebung“. Clara Henriques zeigte in ihrer Studie, wie sehr gerade die Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie Württembergs gesundheitlich unter der extremen körperlichen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft gelitten hatten. Insbesondere unter den älteren Arbeitnehmerinnen über 40 Jahren hatten – gegenüber dem Landesdurchschnitt von 21% über alle Altersgruppen – mehr als 50% als „kränklich“ bezeichnet werden müssen. Besonders in der schadstoffreichen Zünderfabrikation und in der körperlich fordernden Militärbekleidungsindustrie wurden „kränkliche und schwächliche“ Frauen zu mehr als 25% gemeldet. Bei den chronischen Krankheiten war es vor allem die zum Teil in schweren Formen verlaufende Tuberkulose, unter der immerhin 2,75% der Arbeiterinnen litten.

Die Höhe der deutschen Zivilverluste aufgrund der Hungerblockade der Entente-Mächte wurde in der Nachkriegspropaganda allerdings stark übertrieben, um eine Minderung der Reparationsleistungen zu erreichen. Detaillierte Analysen des Statistischen Reichsamtes lassen nach Abzug der grippebedingten überdurchschnittlichen Sterblichkeit des letzten Kriegsjahres den Schluss zu, dass die Gesamtzahl der zivilen Hungertoten „nur“ bei etwa 424.000 lag. Katastrophal war die Situation gleichwohl. Der Grippe erlagen in Deutschland 1918 etwa 300.000 Menschen. Wo die verheerende Influenza des letzten Kriegsjahres 1918 wirklich ausgebrochen ist, wird wohl für immer ungeklärt bleiben. Sicher scheint inzwischen zu sein, dass diese große Grippewelle mit amerikanischen Schiffen, überwiegend Truppentransportern,

im Frühjahr 1918 Europa erreichte. Erste Nachrichten über sie trafen aus Spanien ein, was ihr den Namen gab.

Grippe und Vergnügungssucht

Als die erste Grippewelle des Jahres 1918 die hart umkämpften Fronten im Westen und Deutschland erreichte, gab es zunächst wenig Anlass, dieser normal erscheinenden Erkältungskrankheit größere Bedeutung beizumessen. Der Reichsgesundheitsrat beschäftigte sich zwar in seiner Sitzung vom 10. Juli 1918 mit der „Influenza“, hielt aber die durch das Reichsseuchengesetz von 1900 eröffneten Bekämpfungsmöglichkeiten für hinreichend und ein koordiniertes Vorgehen in Abstimmung mit den Bundesstaaten für möglich. In der Presse las man wenig über die Sitzung des Reichsgesundheitsrates. Allgemein hielt man

die Krankheit für abklingend. Sie würde in der warmen Sommerwitterung bald verschwinden, dachte man. Doch das war falsch. Die zweite, jetzt äußerst vehemente und oft von Lungenentzündungen begleitete Variante verlief im Herbst dramatisch und lieferte ab Oktober 1918 durchaus Anlass zur Besorgnis. Am 16. Oktober 1918 trat der Reichsgesundheitsrat erneut zusammen, nun auf direkte Initiative des selbst erkrankten Reichskanzlers Max von Baden. Einer mehrstündigen Beratung der Krise folgten aber keine konkreten Vorschläge.

Bis die zensierte Zusammenfassung dieser Influenza-Sitzung des Reichsgesundheitsrates die Presse aller Regionen des Reichs erreicht hatte, war der Krieg vorüber und die Novemberrevolution in vollem Gang. Dem revolutionären „Rat der Volksbeauftragten“ war die Grippe egal. Bei den Ärzten herrschte Er-



Die Karikatur „Der schwarze Tod“ von Thomas Theodor Heine erschien in der satirischen Zeitschrift „Simplizissimus“, Heft 29 vom 15. Oktober 1918. „Ich sehe es kommen: ehe ich nicht eingreife, wird die Welt von ihrem Wahnsinn nicht kuriert.“



„Retour au pays natal“, Rückkehr in das Herkunftsland. So nannte der elsässische Karikaturist Jean-Jacques Waltz (1873 – 1951), bekannt unter dem Namen Hansi, seine Illustration der Massenausweisung.

Als „boches“ vertrieben, als „Wackes“ unerwünscht

Die Ausweisung der Deutschen aus Elsass-Lothringen nach 1918 und ihre Aufnahme in Baden

Nach 1918 strandeten Tausende Ausgewiesene in Baden. Obwohl ehemalige Nachbarn, wurden sie nicht gerade freundlich empfangen. Dennoch gelang die Integration der Elsass-Lothringer erstaunlich rasch.

Das Kriegsende 1918 sah Menschen massenhaft in Bewegung: Demobilisierte Soldaten, entlassene Kriegsgefangene, evakuierte Zivilisten, die sich auf den Weg in ihre Heimatstandorte und -städte machten, dazu Menschen, die wegen Grenzverschiebungen und Gebietsabtretungen nach dem Waffenstillstand ihre Heimat verließen. Diese vielfältigen Migrationsströme verliefen in unterschiedliche Richtungen und sie begegneten sich mancherorts wie in einem Mikrokosmos. Das lässt sich aus deutscher

Perspektive allgemein für den Westen, die Rheinlande und insbesondere für Baden aufzeigen. Hier wurden die Rheinbrücken und die Grenzstädte beim nunmehr wieder französischen „Reichsland Elsass-Lothringen“ zum Nadelöhr. Allein in Kehl, das damals kaum 9.000 Einwohner zählte, strandeten im November 1918 mehrere tausend Menschen: Elsässer, die 1914 nach Baden evakuiert worden waren oder in der Armee des deutschen Kaiserreichs Kriegsdienst geleistet hatten und nun zurück in die Heimat woll-

ten, begegneten jenen, die soeben von dort vertrieben wurden. Alle mussten zunächst in Grenzstädten wie Kehl aufgenommen und versorgt werden. Auf einen solchen Zustrom waren diese Orte nicht vorbereitet. „Große Unzufriedenheit, vielfach keine Mittel mehr“, beschrieb die Stadt Kehl die Situation in einem Hilferuf nach Karlsruhe.

Plötzliche Abschiebung

Die Ausweisungen trafen Betroffene wie Aufnehmende völlig unvorbereitet. In Zeitzeugenberichten wird das Überraschungsmoment immer wieder betont: „Dieser ... grausame Befehl traf uns völlig ahnungslos.“ In den Wochen nach Kriegsende und dann systematischer von 1919 bis 1923 wurden aus dem Elsass und aus Lothringen insgesamt weit mehr als 100.000 Menschen ausgewiesen. Eine genaue Zahl lässt sich mangels Quellen nicht feststellen. Das größere Kontingent kam aus dem Elsass, allein in Straßburg waren etwa 28.000 Menschen betroffen. Die Begleitumstände der Abschiebung waren für viele Betroffene traumatisch. Sie mussten sich binnen

24 Stunden mit maximal 30 kg Gepäck und 2.000 RM Bargeld ausgestattet an vorgeschriebenen Sammelstellen einfinden, wo sie durchsucht, zu Transporten zusammengestellt und an die Rheinbrücken gefahren wurden, begleitet von Spott, Hohn und Handgreiflichkeiten ihrer „altelsässischen“ Nachbarn. Das zurückbleibende Eigentum wurde unter Zwangsverwaltung gestellt und einiges später veräußert. Die Weimarer Reichsregierung konnte Ende 1919 immerhin einen Teil des Hausrats auslösen.

„Retour au pays natal“, Rückkehr in das Herkunftsland hatte der elsässische Karikaturist Jean-Jacques Waltz, bekannt unter dem Namen Hansi, die Massenausweisung in einer seiner Zeichnungen betitelt. Von den Maßnahmen waren vor allem sogenannte „Altdeutsche“ betroffen. So nannte man diejenigen, die in den fast 50 Jahren seit der deutschen Annexion des Elsass und Lothringens 1871 dort ansässig geworden waren. In erster Linie waren das Beamte in Verwaltungen sowie bei Bahn und Post, daneben Richter, Lehrer, Pfarrer, Polizisten, Professoren der Reichsuniversität Straßburg sowie Offiziere, kurzum die neue Elite im Reichland. Zu den „Altdeutschen“ zählten aber auch Handwerker und Arbeiter, die vor allem im lothringischen Bergbau tätig waren. Viele dieser ehemaligen Zuwanderer stammten aus dem benachbarten Baden, der Pfalz, dem Rheinland, ein großes Kontingent aus Preußen. Manche waren mit ihren Familien gekommen, andere hatten sich am neuen Ort mit zumeist ebenfalls deutschsprachigen Einheimischen verheiratet, den so bezeichneten „Altelsässern“ und „Altlothringern“.

Das Verhältnis zwischen Alt- und Neueinwohnern war all die Jahre nicht spannungsfrei gewesen. Symptomatisch ist

die „Zabernaffäre“ 1913, die ein in Saverne (Zabern) stationierter preußischer Offizier mit der Beschimpfung elsässischer Rekruten als „Wackes“ ausgelöst hatte. Die politische Integration von Elsass-Lothringen ins deutsche Kaiserreich war halbherzig geblieben, weil man dessen nationaler Zuverlässigkeit misstraute. Erst 1911 erhielt das von einem preußischen Oberpräsidenten bzw. einem kaiserlichen Statthalter regierte Reichsland eine eigene Landesverfassung und einen Landtag. Es verwundert insofern nicht, dass viele Altelsässer und -lothringer mit der französischen Republik sympathisierten und 1918 die Rückkehr zu Frankreich begrüßten. Frankreich hatte diese Wiedereingliederung seit 1915 zwar ansatzweise vorbereitet und auch die Frage des Umgangs mit den seit 1871 zugewanderten Deutschen diskutiert. Tatsächlich aber wurden nach dem Eintreffen französischer Militärs im November 1918 zunächst unsystematisch Ausweisungen verfügt. 1919 unternahm die neue Verwaltung eine systematische Erfassung und Kategorisierung der Bevölkerung und führte ein formalisiertes Verfahren zur Überprüfung der nationalen Zuverlässigkeit ein.

Ausweisungen als Druckmittel

Auswahlkommissionen, sogenannte „Commissions de Triage“ verhängten Sanktionen wie Überwachung, Versetzung, Internierung oder Ausweisung. Zunehmend war hierbei nicht mehr die Loyalität zu Frankreich ausschlaggebend, sondern die jeweilige ethnische Herkunft. Schon damals wurde der Begriff der „Säuberung“ geläufig. Dennoch waren weder sämtliche der etwa 500.000 Altdeutschen von Ausweisung betroffen, noch waren die Abgeschobenen ausschließlich deutscher Herkunft. Vielmehr